

354992-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen – Zusammenlegung / Erweiterung Mittelschule Königsbrunn, Planungsleistungen Technische Ausrüstung, ALG 1, 2, 3, 7 und 8 (HLS inkl. MSR)) gem. § 53 ff HOAI 2021

OJ S 104/2025 02/06/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Königsbrunn

E-Mail: vergabestelle@koenigsbrunn.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Zusammenlegung / Erweiterung Mittelschule Königsbrunn, Planungsleistungen Technische Ausrüstung, ALG 1, 2, 3, 7 und 8 (HLS inkl. MSR)) gem. § 53 ff HOAI 2021

Beschreibung: Zusammenlegung und Erweiterung der Mittelschule am Standort Süd, Römerallee 1, 86343 Königsbrunn, Gegenstand der Beauftragung sind Planungsleistungen der Technischen Ausrüstung, ALG 1, 2, 3, 7 und 8 (HLS inkl. MSR), gem. § 53 ff HOAI 2021.

Kennung des Verfahrens: e0542073-d931-4763-b513-3a548e75035c

Interne Kennung: 258760

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71321200 Heizungsplanung, 71321300 Beratung im Bereich Sanitärinstallation, 71321400 Beratung im Bereich Belüftung, 71322000 Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau, 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Marktplatz 7

Stadt: Königsbrunn

Postleitzahl: 86343

Land, Gliederung (NUTS): Augsburg, Landkreis (DE276)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXP4DB35FYX Teilnahmeanträge und Angebote dürfen ausschließlich über den verschlüsselten Angebotsbereich der elektronischen

Vergabeplattform eingereicht werden. Eine Einreichung per E-Mail oder unverschlüsselt per Bietermitteilung ist nicht zulässig und führt zwangsläufig zum Ausschluss. Rückfragen jedoch sind über Bietermitteilungen unverschlüsselt über die Vergabeplattform möglich. a) Die ausgefüllten Teilnahmeanträge (und später im Verfahren entsprechend auch die Angebote) sind unter Angabe des Vor- und Nachnamens des gesamtverantwortlichen Vertreters des Bewerbers / der Bewerbungsgemeinschaft und mit den geforderten Nachweisen, Erklärungen und Anlagen zwingend innerhalb der Einreichungsfrist ausschließlich über den verschlüsselten Angebotsbereich der elektronischen Vergabeplattform einzureichen. Eine Einreichung per Email oder unverschlüsselt per Bietermitteilung ist nicht zulässig und führt zwangsläufig zum Ausschluss. Nicht formgerechte bzw. formlose Bewerbungen werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Angebote, die nicht form-oder fristgerecht eingegangen sind, werden ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Absatz 1 Satz 1 VgV). b) Während der Bewerbungsphase sind Rückfragen ausschließlich elektronisch als Bewerberfragen-/ mitteilungen unverschlüsselt über den Kommunikationsbereich der Vergabeplattform bis spätestens 10 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist an den AG zu richten. Verbindliche Stellungnahmen werden als Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen unter der zuvor genannten Vergabeplattform bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist veröffentlicht. c) Bewerbungsunterlagen können nur verschlüsselt elektronisch eingereicht werden und verbleiben beim AG. Der AG bedient sich bei der Auswertung eines externen Verfahrensbetreuers, dem die Bewerbungsunterlagen hierfür vertraulich bereitgestellt werden. d) Geforderte Nachweise sind elektronisch, nicht deutschsprachige Nachweise in einer beglaubigten Übersetzung, der Bewerbung beizulegen. e) Informationspflicht des Bewerbers: Die Teilnehmer/die Bewerber verpflichten sich, sich eigenverantwortlich bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist auf der zuvor genannten Vergabeplattform zu informieren, ob Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen vorgenommen wurden. Weiter werden die Bewerber ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich in besonderen Fällen die Notwendigkeit ergeben kann, die Teilnahmefrist auch noch innerhalb der zuvor genannten 6 Kalendertage abzuändern oder zu verschieben. Entsprechende Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen werden unverzüglich auf zuvor genannter Vergabeplattform veröffentlicht. Es wird darauf hingewiesen, dass alle veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen Bestandteil der Vergabeunterlagen sind. Sollten sich die veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen auf den Teilnahmeantrag auswirken, gilt folgende Regelung: Ist der Teilnahmeantrag bereits elektronisch eingereicht worden, so ist dem Auftraggeber bis zum Ende der Teilnahmefrist über die Vergabeplattform mitzuteilen, sofern: - der alte Teilnahmeantrag für ungültig erklärt und kein neuer Teilnahmeantrag abgegeben wird, - der alte Teilnahmeantrag für ungültig erklärt und ein neuer Teilnahmeantrag abgegeben wird. Der neue Teilnahmeantrag muss vor Ende der Teilnahmefrist elektronisch vorliegen, - der alte Teilnahmeantrag (ergänzt um das Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben) aufrechterhalten werden soll. Auf die Möglichkeit diese, vom speziellen Einzelfall abhängige Variante wählen zu können, wird in dem betreffenden Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben ausdrücklich hingewiesen. Es wird darauf hingewiesen, dass das unterzeichnete Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben vor Ablauf der Teilnahmefrist dem Auftraggeber elektronisch vorliegen muss, - der alte Teilnahmeantrag unverändert aufrechterhalten werden soll. In diesem Fall wird darauf hingewiesen, dass ein bereits eingereichter Teilnahmeantrag, wenn erforderlich, an die Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben angepasst werden muss. Sofern keine gesonderte Mitteilung eingeht, wird davon ausgegangen, dass der alte Teilnahmeantrag unverändert aufrechtgehalten wird.

Rechtsgrundlage:

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: a) Erklärung des Bewerbers über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 und § 124 GWB; b) Erklärung über das Nichtvorliegen von Eintragungen im Wettbewerbsregister; c) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 21 MiLoG; d) Erklärung des Bewerbers, ob und auf welche Art wirtschaftliche Verknüpfungen mit anderen Unternehmen bestehen; e) Ist der Bewerber eine juristische Person, zu deren satzungsgemäßigem Geschäftszweck die dem Projekt entsprechenden Planungsleistungen gehören, ist diese nur teilnahmeberechtigt, wenn durch Erklärung des Bewerbers gem. § 43 Abs. 1 VgV i. V. m. § 75 Abs. 3 VgV nachgewiesen wird, dass der verantwortliche Leistungserbringer die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllt; f) Will sich der Bewerber bei der Erfüllung des Auftrags der Leistungen anderer Unternehmen bedienen, hat er diese zu benennen. Der Bewerber muss außerdem gem. § 36 Abs. 1 VgV und § 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV angeben, welche Teile des Auftrags er beabsichtigt als Unterauftrag zu vergeben. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen ist abzugeben; g) Der Bewerber muss bereit sein, im Auftragsfall eine Erklärung gem. § 1 des Verpflichtungsgesetzes abzugeben; h) Erklärung des Bewerbers über die Bildung von Bewerbergemeinschaften. Bewerbergemeinschaften haften gesamtschuldnerisch und haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der bevollmächtigte Vertreter benannt ist, der die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle rechtsverbindlich vertritt. Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffener Bewerbergemeinschaften im weiteren Verfahren. Mehrfachbewerbungen sind auch Bewerbungen unterschiedlicher Niederlassungen eines Bewerberbüros sowie mehrerer Mitglieder ständiger Büro- und Arbeitsgemeinschaften; i) Erklärung Bezug Russland; j) Erklärung zum Masernschutz;

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Zusammenlegung und Erweiterung der Mittelschule Königsbrunn am Standort Süd,; Planungsleistungen Technische Ausrüstung, ALG 1, 2, 3, 7 und 8 (HLS inkl. MSR) gem. § 53 ff HOAI 2021

Beschreibung: Die Stadt Königsbrunn plant die Zusammenlegung u. Erweiterung der Mittelschule am Standort Süd, Römerallee 1, 86343 Königsbrunn. Gegenst. d. Beauftragung sind Planungsleist. d. Technischen Ausrüstung, ALG 1-3, 7-8 (HLS inkl. MSR) gem. § 53 ff HOAI 2021, LPH 1-9 b. stufenweiser Beauftragung. Ggf. werden auch verschied. besond. Leistungen beauftragt. Das Bauvorhaben soll als Clusterschule mit Lernlandschaften aufbauend auf pädag. Raumfunktionsbuch realisiert werden. Der voraussichtl. Raumbedarf liegt bei einer 4- bis 5-züg. Schule f. 6 Jahrgangsst. u. 3-zügig f. d. M-Zug-Klassen. Zusätzl. sind Sonderklassen (Projekt-, Deutschklassen, etc.) vorgesehen. Ziel d. Planung ist u.a. hohe Flexibilität d. Räume nach d. Lernlandschaft-Konzept, die versch. pädag. Ansätze ermöglicht. Das Projekt ist wirtschaftl. u. nachhaltig umzusetzen, b. gleichzeitig hohem gestalt. Anspruch. Für die neue Mittelschule wird ein Gesamtkonzept entwickelt. Hierbei ist eine enge Zus.arbeit m. anderen Planungsbeteiligten (insbes. Objektpl., ELT-Planung u. Bauphysik) erforderlich. Die jew. Konzepte sind aufeinander abzustimmen. Die Haustechnik ist in d. gestalter.

Gesamtkonzept zu integrieren. Sichtbare techn. Dachaufbauten sind explizit unerwünscht. Ggf. können in d. Fassade (insb. Südseite) Elemente d. Energieversorgung (PV, Solarthermie) integriert werden. Ggf. ist auch eine Bewässerung f. Grünfassaden, vor d. Hintergrund d. Klimaanpassung, vorzusehen. Aufgrund d. hohen Bedeutung v. nachhalt., klimafreundl. Bauen f. die Stadt Königsbrunn wird ggf. eine Nachhaltigkeits- u. Lebenszyklusbetrachtung mit CO₂-Bilanzierung durchgeführt u. gesondert ausgeschrieben. Sanitär: es ist ein Brauchwasserversorgungs- u. Entwässerungskonzept auf Grundlage d. Schwammstadtthematiken zu erstellen u. umzusetzen. Starkregenereignisse u. Auswirkungen d. Klimawandels sind zu berücksichtigen. Ggf. sollen Wasserkonzeptionen auch zur Behaglichkeit beitragen. Das Regenwasser ist vor Ort zu versickern. Die erforderl. Genehmigungsanträge sind zu erarbeiten. Heizung u. Kühlung: es ist ein Energieversorgungskonzept m. regenerativen Energien f. d. Raumklimatisierung (Wärmeversorgung u. ggf. Kühlung) und Brauchwassererwärmung auszuarbeiten u. umzusetzen. Lüftung: Es ist ein innovatives, nachhaltiges Lüftungskonzept auf Basis freier (automatisierter) Lüftung zu entwickeln u. umzusetzen. Aufgabe u. Ziel dieses Lüftungskonzepts ist es, dass in der Innenraumluft der einzelnen Räume eine Konzentration v. Kohlendioxid (CO₂) von 1.000 ppm (gem. techn.. Regeln f. Arbeitsstätte - ASR A3.6), soweit möglich, unterschritten u. eine angemessene bis gute Innenraumluftqualität mit einer Luftfeuchtigkeit zwischen 30-60% gewährleistet wird. Die Stadt Königsbrunn versucht möglichst auf den Einsatz v. mechan. Lüftungsanlagen zu verzichten. Mechan. Lüftungsanlagen sind nur in Bereichen, die mit freier Lüftung nicht belüftet werden können (Toiletten- u. Küchenlüftungen, gefangene Räume), vorzusehen. Primär sind freie (automatisierte) Lüftungskonzepte, Querlüftungskonzepte, Nachtauskühlungskonzepte ggf. m. ventilatorgestützter Unterstützung (hybride Lüftungsanlagen) m. Low-Tech-Ansatz zu entwickeln. Hierfür sind Simulationen d. Thermik u. Luftströmungen zur Optimierung d. Raumbehaglichkeit u. Öffnungsquerschnitten in d. Fassade u. ggf. Zwi.wänden bereits in d. Vorentwurfsplanung zu erstellen u. in weiteren Planungsschritten zu aktualisieren. Der Rückbau d. bestehenden Schule am Standort Nord ist nicht Teil dieser Beauftragung. Die Schüler d. Standorts Süd werden während d. Baumaßnahme an einem anderen Standort unterrichtet. Der zweigeschoss. Bestandsbau (Bj. 2005) bedarf einer energet. Sanierung u. einer neuen Fassade. Die Auftraggeberin hat sich die Vorgabe gegeben kommunale Gebäude mind. im Energieeffiz.standard 40 zu erstellen, dies gilt auch f. Generalsanierungen. Die neue Mittelschule ist in ihrer Gänze mind. im Energieeffiz.standard 40 zu errichten. Fachlehrsäle u. Verwaltungsräume sind z. größten Teil bereits im Bestand vorhanden, sodass d. aktuellen Räume d. Bestands nur teilw. umstrukturiert werden müssen. Der Bestandsbau wird durch einen Erweiter.anbau ergänzt. Die bestehende 2-Feldsporthalle soll um 1 Feld, und d. dazugehörig. Sanitär- u. Nebenräume erweitert werden. Eine Unterkellerung ist nicht angedacht. Alle Gebäudeteile sind miteinander zu verbinden. Insbes. ist auf die Gewährleistung d. Brandschutzes bei d. Verbindung zum Bestand zu achten. Ein Brandschutzplaner wird gesondert beauftragt. Abhängig v. planer. Konzept d. Objektplaners sind f. den Erweiterungsbau ggf. vorgefertigte Elemente, Module, etc. denkbar. Die anhand der MBS der Auftraggeberin grob geschätzten Kosten d. KG 400 liegen bei ca. 7,1 Mio. EUR inkl. 19% USt. In d. 2. Verfahrensstufe wird d. Lösungsvorschlag (planer. Konzept) f. d. Umbau d. Bestandgebäudes u. d. Erweiterung d. Mittelschule samt Sporthalle des Verfahrenssiegers aus dem z.Z. laufenden VgV-Verfahren f. die Objektpl. Geb., sowie d. pädag. Raumfunktionsbuch bereitgestellt. Dieser Lösungsvorschlag bildet d. Grundlage f. die Darlegung d. Herangehensweise an d. konkrete Planungsaufgabe in der 2. Verfahrensstufe. Dies bedeutet nicht, dass dieser Lösungsvorschlag vollständig od. tlw. realisiert wird. Eine vollständige oder teilw. Überarbeitung in d. späteren Vorentwurfspl. und ff. ist nicht ausgeschlossen. Bei diesem Projekt werden Förderungen beantragt. Bei der

Fördermittelbeschaff. soll mitgewirkt werden. Bis z. Einreichung d. Förderantrags (voraus. September 2026) muss der Bauantrag gestellt werden. Zeitschiene: Vergabeverhandlung voraussichtl. Sommer 2025; Auftragsvergabe u. darauffolgend. Projektstart: Herbst 2025; geplanter Baubeginn: Frühj. 2028; Fertigstellung: 1. Quartal 2031; späteste Nutzungsaufnahme: Sept. 2031. Hinweis: Projektbesprechungen finden in deutscher Sprache statt.

Interne Kennung: 258760-HLS

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71321200 Heizungsplanung, 71321300 Beratung im Bereich Sanitärinstallation, 71321400 Beratung im Bereich Belüftung, 71322000 Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau, 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Beabsichtigt ist eine stufenweise Beauftragung: Stufe 1: LPH 1-2, gem. § 55 ff HOAI 2021, Stufe 2: LPH 3-4, gem. § 55 ff HOAI 2021, Stufe 3: LPH 5-7, gem. § 55 ff HOAI 2021, Stufe 4: LPH 8-9 gem. § 55 ff HOAI 2021. Zunächst wird nur die Stufe 1 beauftragt. Ein Rechtsanspruch auf die Beauftragung der weiteren Stufen oder etwaiger besonderer Leistungen besteht nicht.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Marktplatz 7

Stadt: Königsbrunn

Postleitzahl: 86343

Land, Gliederung (NUTS): Augsburg, Landkreis (DE276)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/10/2025

Enddatum der Laufzeit: 01/09/2031

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 3

Weitere Informationen zur Verlängerung: Das genannte Ende bezieht sich auf den Abschluss der LPH 8 (inkl. Nachlaufzeiten für Rechnungsprüfungen u. ä.). Die LPH 9 läuft darüber hinaus. Eine Verlängerung des Auftrages kann insbesondere dann eintreten, wenn Projektverzögerungen entstehen, die der Auftragnehmer nicht zu verantworten hat oder eine zeitnahe Freigabe durch den Zuschussgeber nicht erreicht werden kann.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung des Bewerbers bzw. der Bewerbungsgemeinschaft über den Gesamtumsatz des Bewerbers bzw. der Bewerbungsgemeinschaft in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren gem. § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV. Mindestanforderung ist ein Gesamtumsatz (Jahresmittel) von 290.000 EUR brutto im Leistungsbild Technische Ausrüstung ALG 1, 2, 3, 7 und 8 (HLS).

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung des Bewerbers zur Berufshaftpflichtversicherung gem. § 45 Abs. 1 bzw. Abs. 4 VgV: Eigenerklärung im TN-Antrag über das Vorliegen oder die Bereitschaft zum Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung über 3.000.000 EUR für Personenschäden und über 3.500.000 EUR für Sachschäden bei einem Versicherungsunternehmen, das in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen ist. Die Erklärung des Versicherungsunternehmens über das Vorhandensein oder die Bereitschaft zum Abschluss muss vor Auftragserteilung mit dem Angebot eingereicht werden und darf nicht älter als sechs Monate sein, gerechnet vom Tag der Bekanntmachung an. Die Ersatzleistung des Versicherers muss mindestens das Zweifache der Deckungssumme pro Jahr betragen. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Die Versicherung kann bereits ständig abgeschlossen sein oder im Auftragsfall projektbezogen abgeschlossen werden. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen (d. h. ohne Unterscheidung nach Personen- und Sachschäden) ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall parallel zueinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Die geforderte Sicherheit kann auch durch eine Erklärung des Versicherungsunternehmens nachgewiesen werden, in der sie den Abschluss der geforderten Haftpflichtleistungen und Deckungsnachweise im Auftragsfall zusichert.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung d. Bewerbers bzw. der Bewerbungsgemeinschaft über die Anzahl der technisch festangestellten Vollzeit-Mitarbeiter (bei 40 h / Woche) (VZ-MA) und der Führungskräfte (FK) in den letzten 3 abgeschlossenen Jahren (2022, 2023, 2024) gem. § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV. Die Mindestanforderung ist ein jährliches Mittel von 3 techn. festangestellten VZ-MA inkl. Geschäftsführung (GF) im Leistungsbild Technische Ausrüstung, ALG 1, 2, 3, 7 und 8 (HLS). Freie Mitarbeiter sind wie Unterauftragnehmer (UA) im Teilnahmeantrag (TNA) aufzuführen. Die "Verpflichtungserklärung bei Unteraufträgen" gem. § 47 Abs. 1 VgV im TNA unter Anl. 1 ist von den freien Mitarbeitern auszufüllen.

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Angabe der Fachkräfte gem. § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV: a) Erklärung d. Bewerbers über die Berufsqualifikation eines Geschäftsführers oder einer Führungskraft gem. § 75 VgV: Der Bewerber erfüllt die fachlichen Anforderungen, wenn in der Geschäftsführung bzw. unter den Führungskräften mind. 1 Person berechtigt ist, die Berufsbezeichnung "Ingenieur" od. "Staatl. geprüfter Techniker" od. "Meister" der Fachrichtung Heizungs- Lüftungs- Sanitär- Klima-, Versorgungstechnik o. vgl. gem. § 75 VgV im jeweiligen Herkunftsstaat des Bewerbers (Sitz d. Bewerbers) zu führen. Nachweis durch Vorlage einer Abschlussurkunde (Diplom, Master, Bachelor od. vgl.) mit Angabe der Fachrichtung und

Abschlussdatum. Falls im jew. Herkunftsstaat die Berufsbezeichnung "Ingenieur", "staatl. geprüfter Techniker" oder "Meister" der Fachrichtung Heizungs-, Lüftungs-, Sanitär-, Klima-, Versorgungstechnik nicht gesetzl. geregelt sein sollte, sind vergleichb. fachl. Qualifik. nachzuweisen, also Befähigungsnachweise vorzulegen, deren Anerkennung nach der Richtlinie 2013/55/EU - Berufsanerkennungsrichtlinie - gewährleistet ist. b) Die Berufserf. des GF oder der Führungskraft [hierbei muss es sich um dieselbe Person handeln wie unter a) Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen] im Leistungsbild Techn. Ausrüstung ALG 1, 2, 3, 7, 8 ist jew. durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes nachzuweisen. Mindestanforderung sind 8 Jahre Berufserfahrung für den GF oder die Führungskraft im Leistungsbild Techn. Ausrüstung ALG 1, 2, 3, 7, 8.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Auflistung und kurze Beschreibung der Auswahlkriterien (Referenzbewertung): Angabe von 2 Referenzen (LPH 2-8) gem. § 75 Abs. 5 VgV. Für die Referenzprojekte gelten folgende Mindestanforderungen: - Der Referenzzeitraum muss zwischen 01.06.2015 - 31.05.2025 liegen, die LPH 2 darf nicht vor diesem Zeitraum begonnen u. die LPH 8 muss in diesem Zeitraum abgeschlossen sein. - Aus den Anlagengruppen 1, 2, 3, 7, 8 müssen mind. zwei ALG dem Bewerber beauftragt bzw. von ihm vollständig erbracht worden sein. Die Nichteinhaltung führt zur Wertung mit 0 Punkten bei der betroffenen Referenz, nicht aber zum Ausschluss. ---- Folg. Wertungskriterien gelten bei den Referenzprojekten: Ref. 1: - Bauvolumen brutto (KG 400 ALG 1, 2, 3, 7, 8) (max. Punktzahl bei mind. 3,0 Mio. EUR), - dem Bewerber beauftragte bzw. von ihm vollständig erbrachte LPHen der Techn. Ausrüstung im Bereich der ALG 1, 2, 3, 7 und 8 (HLS) (max. Punktzahl bei LPH 2-8) - dem Bewerber beauftragte bzw. von ihm vollständig erbrachte ALG (max. Punktzahl bei ALG 1, 2, 3, 7, 8), - Vollständigkeit der Projektdarstellung des Ref.projektes, auf je höchstens 2 DIN A4-Seiten oder 1 DIN A3-Seite, graphische Darstellung (z. B. mit Grundrissen, Ansichten, Fotos etc.) und kurze Beschreibung in Textform (falls ja: volle Punktzahl). Ref. 2: - Bauvolumen brutto (KG 400 ALG 1, 2, 3, 7, 8) (max. Punktzahl bei mind. 2,0 Mio. EUR), - dem Bewerber beauftragte bzw. von ihm vollständig erbrachte LPHen der Techn. Ausrüstung im Bereich der ALG 1, 2, 3, 7 und 8 (HLS) (max. Punktzahl bei LPH 2-8) - dem Bewerber beauftragte bzw. von ihm vollständig erbrachte ALG (max. Punktzahl bei ALG 1, 2, 3, 7, 8), - Vollständigkeit der Projektdarstellung des Ref.projektes, auf je höchstens 2 DIN A4-Seiten oder 1 DIN A3-Seite, graphische Darstellung (z. B. mit Grundrissen, Ansichten, Fotos etc.) und kurze Beschreibung in Textform (falls ja: volle Punktzahl). --- Zusatzpunkte (es genügt, wenn die Unterkategorie jew. bei einer Ref. erfüllt ist) für: - Gegenstand eines der eingereichten Referenzprojekte ist die Zusammenarbeit mit einem öffentlichen Auftraggeber bzw. beim Referenzprojekt wurden die einschlägigen Vergaberichtlinien analog eines öffentl. Auftraggebers (Anlage 3 zu Art. 44 BayHO (ANBest-K)) eingehalten. (ja: volle Punkte, nein: 0 Punkte) - Bei mindestens einem der eingereichten Referenzprojekte wurde bei der Beschaffung von öffentlichen Fördermitteln mitgewirkt (z.B. Zuarbeit hinsichtl. förderfähiger Kosten). (Benennung des Förderprogramms im Teilnahmeantrag ist erforderlich) (ja: volle Punkte, nein: 0 Punkte) - Gegenstand eines der eingereichten Referenzprojekte war die Erstellung eines versorgungstechnischen Haustechnikkonzeptes bei einer Bildungseinrichtung. (ja: volle Punkte, nein: 0 Punkte) - Bei mindestens einem der eingereichten Referenzprojekte wurde die ALG 3 beauftragt und eine natürliche Lüftung bemessen, geplant und umgesetzt und in das Lüftungskonzept integriert. (ja: volle Punkte, nein: 0 Punkte) - Gegenstand eines der eingereichten Referenzprojekte war eine Erweiterung eines bestehenden Haustechnikkonzeptes. (ja: volle Punkte, nein: 0 Punkte), - Mindestens eines der eingereichten Referenzprojekte wurde auftragsgemäß oder zumindest im wesentlichen auftragsgemäß insbesondere im Hinblick auf die Termin- und Kostensicherheit ausgeführt

(Eigenerklärung) (ja: volle Punkte, nein: 0 Punkte), - Gegenstand eines der eingereichten Referenzprojekte war die Planung einer Energieversorgung (Heizung / Warmwasserbereitung / Kühlung) mit regenerativen Energien. (Kurze Erläuterung im Teilnahmeantrag erforderlich) (ja: volle Punkte, nein: 0 Punkte) ----- Der AG behält sich vor, Bescheinigungen v. öff. u. priv. AG über die Ausführung der angegebenen Ref.proj. anzufordern. Bewerber, bei denen im Zuge der Ref.prüfung festgestellt wird, dass die gemachten Angaben nicht korrekt sind, werden von d. weiteren Wertung ausgeschlossen. Als Büroreferenz wird auch eine Referenz gewertet, die von den Mitarbeitern des Büros in ihrer Tätigkeit bei einem früheren Arbeitgeber erarbeitet worden sind, wenn eine weitgehende Identität zwischen den Personen, die für den Referenzauftrag beim früheren Unternehmen zuständig waren, und den Mitarbeitern im neuen Büro besteht. ----- Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: - spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz, - berufliche Risikohaftpflichtversicherung, - durchschnittliche jährliche Belegschaft, - relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen, - Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen. ----- Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungsunterlagen dargestellten Bewertungsmatrix "Eignungskriterien" und "Auswahlkriterien". ----- Konkretisierung Losverfahren in Ergänzung zu § 75 (6) VgV: Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl auch nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Eignungskriterien zu hoch, so wird die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Los getroffen werden. ----- Hinweis Nachnominierung: Im Falle einer Absage eines Teilnehmers der Vergabeverhandlung behält sich die Vergabestelle vor, der Rangfolge des Auswahlverfahrens entsprechend das nächstplatzierte Büro zur Teilnahme an der Vergabeverhandlung einzuladen. Ein Rechtsanspruch auf diese sogenannte Nachnominierung besteht aber nicht. Eine Nachnominierung wird, wenn dann jedoch nur bis spätestens 10 Tage vor Angebotssubmission ausgesprochen. Diese Regelung soll einem nachnominierten Teilnehmer eine Mindest-Vorbereitungszeit und somit die Gleichbehandlung aller Teilnehmer sicherstellen. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 100,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: A) Darlegung des vorgesehenen Projektteams (mit Unterkriterien)

Beschreibung: Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungsunterlagen dargestellten Bewertungsmatrix "Zuschlagskriterien"

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 36

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: B) Herangehensweise an die konkrete Planungsaufgabe (mit Unterkriterien)

Beschreibung: Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungsunterlagen dargestellten Bewertungsmatrix "Zuschlagskriterien"

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 39

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: C) Honorar

Beschreibung: Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungskriterien dargestellten Bewertungsmatrix "Zuschlagskriterien"

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 25

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4DB35FYX/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4DB35FYX>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Sicherheitsüberprüfung ist erforderlich

Beschreibung: Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentliche Aufträge und Konzessionen nach dem 09. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Bewerber müssen ihre Bereitschaft erklären, dass in den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellte Formblatt 127 (Erklärung zu Bezug Russland) im Auftragsfall auszufüllen und zu unterschreiben. --- Entsprechend des Gesetzes für den Schutz vor Masern und zur Stärkung der Impfprävention (Masernschutzgesetz) darf (z.B. in Gemeinschaftseinrichtungen, Medizinischen Einrichtungen) nur Personal mit Impfschutz, Immunität oder medizinischer Kontraindikation eingesetzt werden. --- Bewerber müssen bereit sein, im Auftragsfall beide Erklärungen zu unterzeichnen.

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4DB35FYX>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 01/07/2025 09:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Gem. § 56 Abs. 2 VgV behält sich der Auftraggeber vor, fehlende unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insb. Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise nachzufordern. Ein Rechtsanspruch auf Nachforderung besteht aber nicht.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen: Verstöße im Sinne von § 135 Abs. 1 GWB (Unwirksamkeit des Vertrages) sind in einem Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend zu machen. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im EU-Amtsblatt bekanntgemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU (§ 135 Abs. 2 GWB). Ein Nachprüfungsverfahren ist nur bei Einhaltung nachfolgender Voraussetzungen zulässig: Verstöße gegen Vergabevorschriften, die der Bewerber im Vergabeverfahren erkannt hat, sind gegenüber dem Auftraggeber innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnis zu rügen. Der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Ein Nachprüfungsantrag ist binnen 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, einzureichen (§ 160 Abs. 3 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadt Königsbrunn

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadt Königsbrunn

Beschaffungsdienstleister: Meixner-Partner Projektentwicklung Projektsteuerung GmbH

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Königsbrunn

Registrierungsnummer: DE 127508059

Postanschrift: Marktplatz 7

Stadt: Königsbrunn

Postleitzahl: 86343

Land, Gliederung (NUTS): Augsburg, Landkreis (DE276)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabestelle

E-Mail: vergabestelle@koenigsbrunn.de

Telefon: +49 8231606-196

Internetadresse: <https://www.koenigsbrunn.de/>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Meixner-Partner Projektentwicklung Projektsteuerung GmbH

Registrierungsnummer: DE 226852359

Postanschrift: Gögginger Straße 93

Stadt: Augsburg

Postleitzahl: 86199

Land, Gliederung (NUTS): Augsburg, Kreisfreie Stadt (DE271)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Frau Winkler / Frau Achim

E-Mail: vgv@meixner-partner.de

Telefon: +49 82150105-120

Fax: +49 82150105-10

Internetadresse: <https://meixner-partner.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffungsdienstleister

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern

Registrierungsnummer: DE 811335517

Postanschrift: Maximilianstraße 39

Stadt: München

Postleitzahl: 80534

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekavergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: +49 8921762411

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 5b86e557-f2a8-4c76-9417-d86671088680 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 30/05/2025 13:25:56 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 354992-2025
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 104/2025
Datum der Veröffentlichung: 02/06/2025